

□ Diskussionsveranstaltung

Bündnis Junge Ärzte: Der Wert ärztlicher Weiterbildung muss steigen!

Wie denken junge Ärztinnen und Ärzte über unser Gesundheitswesen und den Wert ärztlicher Arbeit? Eine vom Bündnis Junge Ärzte initiierte Diskussion zeigte, dass diese schon in der Weiterbildung für ihre Ideale kämpfen wollen.

Veröffentlicht: 24.11.2024, 14:26 Uhr

Für ihre ärztliche Weiterbildung kämpft die junge Generation um größere gesellschaftliche Anerkennung.

© Robert Kneschke / stock.adobe.com

Neu Isenburg. Für die Finanzierung ärztlicher Weiterbildung erwarten junge Ärztinnen und Ärzte konkrete Konzepte aus der Politik. Das Bewusstsein für den Wert, den ärztliche Weiterbildung für die Gesellschaft hat, muss aus Sicht des Nachwuchses steigen.

Deutlich wurde dies bei einer Diskussionsveranstaltung des „Bündnis Junge Ärztinnen und Ärzte“ (BJÄ) am Sonnabend über „Finanzierungskonzepte ärztlicher Weiterbildung und Implikationen für die Selbstverwaltung“. Kein Verständnis zeigten die Teilnehmenden dafür, dass Weiterbildung im ambulanten Bereich nur begrenzt und vorwiegend in der Allgemeinmedizin und in der Pädiatrie gefördert wird – im Gegensatz zum stationären Bereich.

„Weiterbildung ist nicht unser Vergnügen“

Das Bündnis, dem 29 Verbände und Fachgesellschaften angehören, griff damit eine Diskussion auf, die auch auf dem jüngsten 128. Deutschen Ärztetag in Mainz geführt wurde. Die jungen Ärztinnen und Ärzte setzten sich unter anderem mit der Frage auseinander, ob es nach ihrem für den Steuerzahler teuren Medizinstudium einen Anspruch auf Finanzierung der Weiterbildung durch den Staat geben sollte.

„Ich finde, Weiterbildung ist nicht unser Vergnügen, sondern Aufgabe des Staates“, hieß es in der Diskussion. Ein anderes Argument: Wenn die Weiterbildung finanziell unattraktiv sei, gingen junge Ärztinnen und Ärzte in andere Bereiche und damit für die Patientenversorgung verloren.

Die Gesellschaft, so eine weitere Teilnehmerin, müsse „in Menschen investieren“, damit Ärztinnen und Ärzte sicher entscheiden und damit zur Gesundheit und zu einem effizienten Gesundheitswesen zugleich beitragen könnten. Sie sieht hier auch eine Mitverantwortung ihres Berufsstandes, der aus ihrer Sicht derzeit mit Selbstaussbeutung dabei unterstütze, ein nicht effizientes Gesundheitswesen am Laufen zu halten.

Problem: Der Bedarf steigt und steigt

Referent Dr. Uwe Meier, der zuvor die Grundlagen der Weiterbildung und ihrer Finanzierung erläutert hatte, begrüßte die Einstellung. Er zeigte sich aber wenig optimistisch, dass die Politik Änderungen einläuten wird. Der Vorsitzende des Berufsverbandes Deutscher Neurologen (BDN) hatte zuvor auf den steigenden Ressourcenbedarf, der unter anderen durch medizinischen Fortschritt entsteht, deutlich gemacht. Für ihn steht fest:

- Stationäre und ambulante Weiterbildung muss konsequent gefördert und finanziert werden,
- Krankenkassen müssen sich an den Kosten der ambulanten Weiterbildung stärker beteiligen, weil es der Sicherstellung der Patientenversorgung dient.

Als „anachronistisch“ bezeichnete es Meier, dass sich die Förderung der ambulanten Weiterbildung (</Wirtschaft/Wo-kommt-das-Geld-fuer-die-ambulante-Weiterbildung-her-448879.html>) vorwiegend auf Allgemeinmedizin (</Wirtschaft/IGES-Gutachten-DEGAM-haelt-Vorschlaege-zur-Weiterbildung-fuer-stimmig-445556.html>) und Pädiatrie (</Wirtschaft/Rheinland-Pfalz-foerdert-Weiterbildung-in-der-Kinder-und-Jugendmedizin-452085.html>) beschränkt. Im Zuge der Ambulantisierung könne eine flächendeckende Finanzierung der Weiterbildung aus Einsparungen im stationären Bereich gezahlt werden.

„Zu teuer, weil wir Menschen sind“

Was aber hindert Politik und Gesellschaft, den Argumenten aus der Ärzteschaft zu folgen? Ein Teilnehmer führte den technologischen Fortschritt und die damit verknüpfte Hoffnung an, dass mehr Leistungen von Maschinen (</Politik/Ohne-Kuenstliche-Intelligenz-wird-Patientensteuerung-nicht-gelingen--454288.html>), statt von Menschen erbracht werden könnten. Mit KI (</Wirtschaft/Bobbert-Die-Aerzteschaft-sollte-die-kuenstliche-Intelligenz-nicht-unterschaetzen-454349.html>), so seine Erwartung, verbessere sich die Verhandlungsposition für eine bessere Finanzierung nicht – im Gegenteil: „Wir sind zu teuer, weil wir Menschen sind.“

Meier teilte den Pessimismus aus einem anderen Grund: Seine langjährigen Erfahrungen in der Standespolitik zeigten, dass ärztliche Argumente nicht berücksichtigt würden. „Es interessiert niemanden“, lautete sein ernüchterndes Fazit. Politik nimmt er tendenziell als „ärztefeindlich“ wahr – und diese die Ärzteschaft umgekehrt als „privilegiert und gutverdienend“.

„Wir müssen unsere Ideale vertreten“

Viele Teilnehmende wollen sich damit nicht abfinden. Eine Teilnehmerin stellte klar, dass das Bündnis die ärztliche Selbstverwaltung in ihren Forderungen unterstützen und das erforderliche Selbstbewusstsein zeigen müsse: „Niemand sonst wird uns vertreten. Wir müssen standhaft bleiben und unsere Ideale vertreten.“ *(di)*